



Gemeinde Mainhardt

Niederschrift über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderats vom 27. Oktober 2021

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Vorsitzender

Komor, Damian

Mitglieder

Braun, Volker
Enderle, Alexander
Feger, Heiko
Feuchter, Wolfgang
Hofmann, Bettina
Kempel, Stephan
Koppenhöfer, Thomas
Kotzel, Lena
Müller, Simon
Noller, Janik
Röger, Karina
Rudolph, Dominik
Schanzenbach, Bernd
Schanzenbach, Dietmar
Schoch, Joshua
Schoch, Tilman
Truckenmüller, Wolfgang
Walz, Birgit, Dr.
Weller, Ulricke

Schriftführung

Häfner, Daniela
Schanzenbach, Ina

Verwaltung

Göbel, Marvin
Heiden, Volker
Kübler, Daniela
Wagenländer, Friedmar

Ortsvorsteher

Danner, Tanja
Feger, Jürgen
Wagner, Thomas

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder

Braun, Doris

Holdreich, Julia (privat verhindert)

Schweizer, Bernhard (beruflich verhindert)

Weydmann-Sziel, Karin (privat verhindert)

Zur Beurkundung:

Damian Komor
Bürgermeister

Ina Schanzenbach
Schriftführerin

Gemeinderat:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

		Vorlage Nr.
TOP 1	Bekanntgaben	
TOP 2	Anfragen und Anregungen des Gemeinderats	
TOP 3	Einwohnerfragestunde	
TOP 4	Ortschaftsrat Ammertsweiler - Ausscheiden von Georg Vogelmann und Nachrücken von Angelika Tröster - Wahl des stellvertretenden Ortsvorstehers	044/2021
TOP 5	Jahresabschluss der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot Verwaltungs-GmbH und der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot GmbH + Co. KG für das Geschäftsjahr 2020	042/2021
TOP 6	Bestellung eines Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2021 der EMW	049/2021
TOP 7	Neubesetzung der Stelle Jugendreferent/-in	054/2021
TOP 8	Feststellung Jahresrechnung 2019	051/2021
TOP 9	Jahresabschluss Wasserversorgung 2019	050/2021
TOP 10	Anschluss Hausenbühl an öffentliche Wasserversorgung und Bau Löschwasserbehälter	048/2021
TOP 11	Fahrradleasing - Einführung für die Beschäftigten der Gemeinde Mainhardt	047/2021
TOP 12	Teilnahme am Projekt "Herzsicher" der Björn-Steiger-Stiftung und Anschaffung Automatisierter Externer Defibrillatoren (A- ED)	053/2021
TOP 13	Ergänzungssatzung "Dennhof-West" - Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss	043/2021
TOP 14	Bausachen - Anbau von 2 Jungviehställen und Neubau von Halle, Güllebehälter und überdachter Mistplatte	052/2021
TOP 15	Verschiedenes	

§ 1 Bekanntgaben

Beratungsverlauf:

BM **Komor** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer, den Geschäftsführer der EMW Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot GmbH & Co. KG Gebhard Gentner sowie die Mitglieder des Gemeinderats. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung eingeladen wurde und dass aufgrund des Antrags der Fraktion der Unabhängigen Wählervereinigung der Tagesordnungspunkt zur Neubesetzung der Stelle des Jugendreferenten auf die nächste Sitzung vertagt wird.

Auf Rückfrage von Gemeinderat **Enderle** nach den Gründen hierfür, informiert Gemeinderat **Müller**, dass es noch einige ungeklärte Punkte gebe. Gemeinderat **Kemppel** bittet, über die Vertagung abzustimmen. BM **Komor** lässt daraufhin die Gemeinderäte über die Vertagung des Tagesordnungspunktes abstimmen. Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

BM **Komor** informiert über die aktuelle Corona-Lage und betont, dass die Freude über die stabilen Zahlen und die ausgebliebene große Welle nach der Sommerpause von den derzeit stark steigenden Zahlen in den letzten zwei Wochen getrübt werde. Das Land Baden-Württemberg rechne in den nächsten Tagen mit dem Eintritt der Warnstufe, wonach Ungeimpften der Zutritt in vielen Bereichen nur noch mit PCR-Test gewährt werde. Ungeimpfte Lehrer und Erzieher müssten sich derzeit täglich testen, in den Kindergärten werde nur freiwillig getestet. In den Schulen müsse normalerweise dreimal die Woche getestet werden, da sich die Gemeinde Mainhardt jedoch für die PCR-Pool-Testungen entschieden habe, müsse nur zweimal die Woche getestet werden. Außerdem seien auch an der Schule die ersten positiven Fälle zu verzeichnen. Abschließend berichtet BM **Komor** über die Schließung des Testzentrums nach sieben Monaten und dankt dem DRK für den Aufbau und die Betreuung des Testzentrums.

Die Schulsanierung laufe gut, die Endmontage habe zwischenzeitlich begonnen und die Bau- und Brandschutzrechtliche Abnahme finde am 8.12. statt, berichtet BM **Komor**. Der Beginn der Sanierung der Außenanlage verschiebe sich in das Frühjahr 2022. Der Umzug in das Gebäude könne ab dem 13.12. stattfinden, sodass im Anschluss die Grundschule in die Container umziehe.

Weiter berichtet BM **Komor** darüber, dass der Kindergarten ab Januar komplett der Gemeinde zur Verfügung stehen werde und informiert darüber, dass der früher dreizügige Kindergarten heute bereits sieben Gruppen habe.

Im August wurde ein Förderprogramm für Lufttraumfilter an Schulen und Kindergärten veröffentlicht, wonach jedoch nur Räume, die schlecht gelüftet werden können, förderfähig seien. Auf den von der Verwaltung gestellten Förderantrag erhält die Gemeinde eine Förderung in Höhe von 50 %. Vier Geräte seien für die Schulräume und sechs Geräte für den Kindergarten eingeplant, wo vor allem die Schlafräume versorgt werden sollen. Zudem habe die Verwaltung 50 CO₂-Ampeln bestellt. Der Kostenanteil der Gemeinde für die Luftfilter liege bei 19.000 €. BM **Komor** betont, dass die Luftfilter keinesfalls das Lüften ersetzen, sondern dieses lediglich ergänzen würden.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

Weiter informiert BM **Komor**, dass alle Bauplätze im Baugebiet Omega vergeben seien und die letzten zwei Notartermine im November stattfinden werden und stellt fest, dass damit der Antrag von Gemeinderat Enderle über die Überprüfung der Bauplatzpreise hinfällig sei.

Herr **Heiden** berichtet über den Fortschritt bei den Straßensanierungen in Gailsbach und der Hauptstraße. Laut Regierungspräsidium sei die Straßensanierung in Gailsbach im Zeitplan und kurz vor Weihnachten fertig. Die Sanierung der Hauptstraße werde nicht wie geplant bis zur Apotheke fortgesetzt, sondern erstmal nur bis zur Ampel an der Abzweigung Gartenstraße. In dem aktuellen Bauabschnitt werden nun die Hausanschlüsse fertig gestellt, sodass Ende November die Asphaltsschicht aufgetragen werde und die Straße für den Winter wieder befahrbar sein solle.

BM **Komor** informiert darüber, dass unterhalb der evangelischen Kirche ein Kleinspielgerät aufgestellt und die Leiter der Rutsche überprüft worden sei. Zudem sei der Spielplatz oberhalb des Freibads in Kooperation mit der Elterninitiative reaktiviert worden. Er dankt den Eltern für ihren Einsatz zur Erhaltung der Sauberkeit des Spielplatzes.

Über den Fortschritt der MTB-Stecke am Stock berichtet BM **Komor**, dass es aufgrund mehrerer Punkte zu Verzögerungen gekommen sei, das Projekt nun aber in Angriff genommen werde. Die MTB-Strecke werde in Kooperation mit dem Sportfreunden Bubenorbis gebaut, die Federführung liege beim Abteilungsleiter der Sportfreunde.

Weiterhin teilt BM **Komor** mit, dass die Klausurtagung im November nicht stattfinde.

§ 2 Anfragen und Anregungen des Gemeinderats

Beratungsverlauf:

BM **Komor** bittet die Gemeinderäte die Mikrofone zu nutzen, da es in der Vergangenheit häufig zu Unmut bei den Zuhörerinnen und Zuhörer gekommen sei, da diese nicht alles verstehen konnten.

Auf die Nachfrage von Gemeinderat Heiko **Feger** bestätigt BM **Komor**, dass die freiwilligen Testungen der Kinder in den Kindertageseinrichtungen entsprechend der Corona-Verordnung erfolgten. Zu der aktuellen Impfquote unter den Beschäftigten der Gemeinde Mainhardt könne er keine Auskunft geben. Es seien definitiv nicht alle Beschäftigte geimpft, allerdings würden sich diese regelmäßig testen lassen.

Zudem möchte Gemeinderat Heiko **Feger** wissen, wie es mit der Bushaltestelle am Friedhof in Hütten aussehe, worauf Herr **Heiden** darüber berichtet, dass diese in den nächsten drei Wochen erledigt sein sollte.

Gemeinderat **Feuchter** bittet darum, im Waldbote über den Eintritt der Warnstufe aufgrund der steigenden Corona-Zahlen zu erinnern.

Gemeinderat **Enderle** möchte wissen, ob es so einfach möglich sei einen Tagesordnungspunkt durch einen kurzfristigen Antrag einer Fraktion zu vertagen.

BM **Komor** bestätigt dies nach Rücksprache mit Frau Häfner und stellt fest, dass die Vertagung rechtmäßig und gängige Praxis sei. Gleichzeitig stimmt er Gemeinderat Enderle zu, dass der Antrag zur Vertagung des Tagesordnungspunktes 7 überraschend kam und bittet um einen Austausch der Fraktionen untereinander um die Gründe für die Vertagung zu erläutern.

Gemeinderat **Kemppel** bittet um die Installation eines Fahrradständers am Rathaus, was BM **Komor** zusagt.

Weiterhin zeigt sich Gemeinderat **Kemppel** verärgert über die Organisation des Umzugs der Schule und das damit verbundene Homeschooling in der letzten Schulwoche. BM **Komor** betont, dass die Entscheidung hierüber alleine bei der Schulleitung liege. Lediglich der Zeitraum für den Umzug sei von der Verwaltung vorgegeben worden. Dieser Zeitraum sei unbedingt einzuhalten, damit es zu keinem Bauverzug komme. Ein Umzug in den Weihnachtsferien sei nicht möglich gewesen, da keine Umzugsfirma während dieser Zeit genug Personal habe. Außerdem weist er darauf hin, dass beim letzten Umzug die Ferien einfach um eine Woche verlängert worden seien und die Lösung mit der Woche Homeschooling und einer Notbetreuung entsprechend glücklicher sei. Er bittet die Gemeinderäte darum, bei Fragen aus der Bevölkerung zu erläutern, dass diese Entscheidung nicht die Verwaltung, sondern die Schulleitung getroffen habe.

Auf Anregen mehrerer Gemeinderäte sagt BM **Komor** zu, die Schulleitung darum zu bitten, einen entsprechenden Text im Waldbote zu veröffentlichen, damit alle Bürger über die Gründe der Entscheidung informiert werden und Transparenz geschaffen werde.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

Gemeinderat **Rudolph** informiert über die positive Resonanz aus der Bevölkerung über den Spielplatz am Freibad. Bedauerlicherweise sei es jedoch in den letzten Wochen zu Verschmutzungen durch Jugendliche gekommen, welche durch engagierte Eltern schnell beseitigt werden konnten. Er bittet darum, Möglichkeiten zu prüfen, um Jugendliche entsprechend abzuschrecken.

Weiter regt er eine Verkehrsberuhigung in der Brettachhöhe an. Er denke an eine Art Verkehrsgrün wie dies im Stangenweg der Fall sei, um vor allem auch die Kinder zu schützen. Er bittet darum, dies bei der nächsten Verkehrsschau entsprechend zu berücksichtigen.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

§ 3 Einwohnerfragestunde

Beratungsverlauf:

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde äußert ein Einwohner Bedenken über seinen gewünschten Anschluss an die Fernwärme. Herr Gentner, Geschäftsführer der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot GmbH & Co. KG, notiert sich die Adresse des Einwohners und versichert, dass er sich darum kümmern werde.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

- § 4 Ortschaftsrat Ammertsweiler**
- Ausscheiden von Georg Vogelmann und Nachrücken von Angelika Tröster
- Wahl des stellvertretenden Ortsvorstehers
Vorlage: 044/2021

Beschluss:

Entsprechend dem Vorschlag des Ortschaftsrats Ammertsweiler wird Herr Philipp Kircher zum stellvertretenden Ortsvorsteher für die Ortschaft Ammertsweiler gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **Komor** verweist auf die Sitzungsvorlage Nr. 044/2021 und bedankt sich bei Angelika Tröster für die Annahme des Ehrenamtes. Weiter informiert er darüber, dass Philipp Kircher als stellvertretender Ortsvorsteher vom Ortschaftsrat gewählt wurde und dem Gemeinderat die Empfehlung ausgesprochen werde, dieser Wahl zuzustimmen.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

§ 5 Jahresabschluss der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot Verwaltungs-GmbH und der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot GmbH + Co. KG für das Geschäftsjahr 2020 Vorlage: 042/2021

Beschluss:

1. Vom Bericht des Aufsichtsrats vom 23.07.2021 wird Kenntnis genommen.
2. Die von der BBH AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften Jahresabschlüsse (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht) der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot Verwaltungs- GmbH und der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot GmbH & Co. KG zum 31.12.2020, für welche die BBH AG die uneingeschränkten Bestätigungsvermerke erteilt hat, werden festgestellt.
3. Es wird zugestimmt, dass der Jahresüberschuss der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot Verwaltungs- GmbH in Höhe von 1.052,71 € auf neue Rechnung vorgetragen wird und der Jahresüberschuss der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot GmbH & Co. KG in Höhe von 140.178,84 € auf neue Rechnung vorgetragen wird.
4. Es wird zugestimmt, dass Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot Verwaltungs- GmbH und der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot GmbH & Co. KG für das Jahr 2020 entlastet werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlüsse unter Ziffer 1-3 werden mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss unter Ziffer 4 wird unter dem Vorsitz des 1. stellvertretenden Bürgermeisters Simon Müller mit 18 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Befangenheit (Ziffer 4): BM Komor
 Gemeinderat Feuchter

Beratungsverlauf:

BM **Komor** übergibt an Herrn **Gentner**, Geschäftsführer der Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot GmbH & Co. KG, der anhand einer Präsentation nochmals detailliert auf bestimmte Zahlen eingeht. Das Jahr 2020 sei sehr unspektakulär gewesen, wobei der Ausblick auf das nächste und übernächste Jahr aufgrund starker Veränderungen im Energiemarkt deutlich spannender werden würde.

Die Strompreise in Deutschland seien steigend, jedoch habe sich die EMW von der steigenden Tendenz nicht beeinflussen lassen, sondern sogar den Preis gesenkt. In Mainhardt habe die EMW den Grundversorgerstatus inne. Insgesamt sei eine positive Entwicklung zu verzeichnen.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

Die EMW Verwaltungs-GmbH habe mit einem Jahresüberschuss von 1.052,71 € abgeschlossen. Bei der EMW GmbH & Co. KG habe man sich leicht entschuldet, sodass keine Kreditaufnahmen erforderlich gewesen seien. Die Umsatzerlöse seien leicht gestiegen, da durch steigende Kundenzahlen 7-8 % mehr Strom verkauft wurde. In diesem Zuge stieg der Materialaufwand entsprechend. Bei der Entwicklung des Jahresergebnisses ergaben sich steigende Ergebnisse, wobei Herr **Gentner** für 2021 und 2022 keine derart großen Sprünge mehr voraussagt.

Umlagen und Netzentgelte sorgten für Entlastung, jedoch könne der Strompreis aufgrund der steigenden Entwicklung der Beschaffungskonditionen nicht weiter gesenkt werden. Mittlerweile habe man einen 3-fachen Strompreis im Vergleich zu einigen Jahren zuvor. Die EMW versuche jedoch ihre Preise auf dem untersten Level zu halten und auch unterjährige Preis- anpassungen vorzunehmen.

Herr **Komor** dankt Herrn Gentner für die Präsentation und informiert darüber, dass die Berichte bei ihm eingesehen werden können.

Gemeinderat Tilman **Schoch** interessiert, inwiefern der Gemeinderat bei der Entscheidung des Aufsichtsrates über eine Ausschüttung oder Investition des Jahresergebnisses eingebunden werde. BM **Komor** erklärt daraufhin, dass im Falle einer Ausschüttung der Aufsichtsrat den Gesellschaftern eine entsprechende Empfehlung ausspreche und die Gesellschafterversammlung dann darüber entscheiden werde. Wie er dabei zu entschieden hat werde vom Gemeinderat festgelegt, sodass dieser in diesem Zuge in die Entscheidung eingebunden werde.

Weiter erkundigt sich Gemeinderat Tilman **Schoch** über den Stand der Hackschnitzelanlagen, worauf Herr **Gentner** berichtet, dass die Leitungen Richtung Hackschnitzelwerk ausgebaut werden und der Bund hohe Fördermittel in Aussicht gestellt habe, wobei allerdings noch keine Kriterien ausgearbeitet seien und daher noch unklar sei, was genau gefördert werden könne.

Des Weiteren erklärt Herr **Gentner** auf Nachfrage von Tilman **Schoch**, dass die Technologie für die eigene Stromerzeugung mit Hackschnitzel durchaus verfügbar wäre, es allerdings zu wenige Abnehmer gäbe.

BM **Komor** stellt fest, dass bei Ziffer 4 des Beschlussantrags Gemeinderat Feuchter und er selbst befangen seien, wohingegen bei den Ziffern 1, 2 und 3 keine Bedenken bestehen würden. Sodann werden die Beschlüsse über die Ziffern 1-3 gefasst, für die Beschlussfassung über Ziffer 4 übergibt BM Komor den Vorsitz an den 1. stellvertretenden Bürgermeister Simon Müller.

Abschließend dankt BM **Komor** den Gemeinderäten für die beschlossene Entlastung.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

§ 6 Bestellung eines Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2021 der EMW Vorlage: 049/2021

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt BM Komor, in der Gesellschafterversammlung für die Prüfung des Jahresabschlusses 2021 einschließlich der Prüfung nach § 53 Abs. 1 HGrG (Haushaltsgrundsätze-gesetz) und der Prüfung nach § 6b Abs. 5 EnWG (Energiewirtschaftsgesetz) die BBH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM Komor verweist für weitere Informationen auf die Sitzungsvorlage.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

**§ 7 Neubesetzung der Stelle Jugendreferent/-in
Vorlage: 054/2021**

Beratungsverlauf:

Der Punkt wurde auf Antrag der Fraktion der Unabhängigen Wählerversammlung vor Eintritt in die Tagesordnung auf die nächste Sitzung vertagt.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

§ 8 Feststellung Jahresrechnung 2019
Vorlage: 051/2021

Beschluss:

Aufgrund von § 95 b der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg stellt der Gemeinderat den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2019 mit folgenden Werten fest:

1. In der **Ergebnisrechnung** mit den folgenden Beträgen:

1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	13.911.657,64 €
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	-14.325.100,12 €
1.3 ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-413.442,48 €
1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	400.184,04 €
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0,00 €
1.6 Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	400.184,04 €
1.7 Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	-13.258,44 €

2. In der **Finanzrechnung** mit den folgenden Beträgen:

2.1 Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	13.315.280,29 €
2.2 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	-12.420.973,71 €
2.3 Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf der Ergebnisrechnung	894.306,58 €
2.4 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	2.686.445,13 €
2.5 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-8.371.537,52 €
2.6 Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit	- 5.685.092,39 €
2.7 Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf	-4.790.785,81 €
2.8 Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	5.500.000,00 €
2.9 Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-209.205,36 €
2.10 Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	5.290.794,64 €
2.11 Änderung des Finanzierungsmittelbestands	500.008,83 €
2.12 Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	-42.958,80 €
2.13 Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	2.334.482,72 €
2.14 Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln	457.050,03 €
2.15 Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	2.791.532,75 €

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

3. Auf der Aktiv und Passivseite der Bilanz mit folgenden Beträgen:

3.1 Immaterielles Vermögen	0 €
3.2 Sachvermögen	59.947.524 €
3.3 Finanzvermögen	7.225.586 €
3.4 Abgrenzungsposten	23.467 €
3.5 Nettoposition	0 €
3.6 Gesamtbetrag auf der Aktivseite	67.193.578 €
3.7 Basiskapital	31.036.361 €
3.8 Rücklagen	5.384.655 €
3.9 Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	0 €
3.10 Sonderposten	21.507.699 €
3.11 Rückstellungen	0 €
3.12 Verbindlichkeiten	8.507.211 €
3.13 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	757.652 €
3.14 Gesamtbetrag auf der Passivseite	67.193.578 €

4. Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen:

Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses

Nr.	Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen * Haushaltsjahr	Sonderergebnis	Ordentliches Ergebnis	Verlustvortrag vom Vorjahr	Verlustvortrag vom Vorvorjahr	Verlustvortrag vom Vorvorvorjahr
		EUR 1	EUR 2	EUR 3	EUR 4	EUR 5
1	nachrichtlich: vorgetragene Fehlbeträge aus Vorjahren zu Jahresbeginn			0,00	0,00	0,00
2	nachrichtlich: davon bereits im Rahmen des ordentlichen Ergebnisses abgedeckt nach § 49 Abs. 2 i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 20 GemHVO			0,00	0,00	0,00
3	verbleibende Beträge	400.184,04	-413.442,48	0,00	0,00	0,00
4	Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		0,00			
5	Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	-400.184,04				
6	Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses nach § 25 Abs. 1 GemHVO		413.442,48			
7	Verrechnung eines Fehlbetrags beim ordentlichen Ergebnis mit einem Überschuss des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 2 Alt. 1 GemHVO	0,00	0,00			
8	Verrechnung durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 2 Alt. 2 GemHVO		0,00			
9	Fehlbetragsvortrag längstens für drei Jahre nach § 25 Abs. 3 GemHVO		0,00	0,00	0,00	
10	Verrechnung auf das Basiskapital nach § 25 Abs. 3 GemHVO					0,00
11	Verrechnung durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 4 Satz 1 GemHVO	0,00				
12	Verrechnung auf das Basiskapital nach § 25 Abs. 4 GemHVO	0,00				

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

Beratungsverlauf:

Frau **Kübler** geht anhand der Sitzungsvorlage und des Rechenschaftsberichtes auf die Gesamtzahlen des Jahresabschlusses 2019 ein. In der Ergebnisrechnung ergebe sich erstmals seit der Einführung des NKHR ein negatives Ergebnis in Höhe von -413.442,48 €. 2019 sei es aufgrund Veräußerungen von Grundstücken zu außerordentlichen Erträgen in Höhe von knapp 400.000 € gekommen, die das Defizit in der Ergebnisrechnung reduziert hätten. Allerdings betont Frau **Kübler**, dass mit außerordentlichen Erträgen nicht geplant werden könne.

In der Finanzrechnung ergab sich ein Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von knapp 894.000 €. Dies bedeute, dass der laufende Betrieb aufrecht gehalten werden konnte und kein Kredit aufgenommen werden musste. Des Weiteren habe sich 2019 ein Finanzierungsmittelbedarf in Höhe von -4,79 Millionen Euro ergeben. Die Kreditermächtigungen in Höhe von 5,5 Mio. Euro seien komplett ausgeschöpft worden. Insgesamt ergab sich eine Änderung des Finanzierungsmittelbestands von rund 500.000 €.

Das Vermögen in der Bilanz sei aufgrund verschiedener Investitionen, vermehrt durch Baumaßnahmen, erhöht worden.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

§ 9 Jahresabschluss Wasserversorgung 2019 **Vorlage: 050/2021**

Beschluss:

Der Jahresgewinn in Höhe von 63.811,17 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Herr **Wagenländer** geht auf die einzelnen Positionen in der Bilanz ein und erläutert, dass es in der Gewinn- und Verlustrechnung bei den Umsatzerlösen zu einer Reduzierung gekommen sei, da ca. 30.000 cbm Wasser weniger verkauft wurden als im Vorjahr. Trotzdem ergebe sich im Vergleich zum Vorjahr ein höherer Jahresgewinn.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

§ 10 Anschluss Hausenbühl an öffentliche Wasserversorgung und Bau Löschwasserbehälter Vorlage: 048/2021

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Planung und Errichtung der Wasserleitung zum Wohnplatz Hausenbühl incl. dem Neubau eines Löschwasserbehälters auszuschreiben.

Die Realisierung erfolgt vorbehaltlich der Zusage einer Förderung.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **Komor** verweist auf die Sitzungsvorlage und erläutert, dass die bisher private Wasserversorgung in Hausenbühl künftig an das öffentliche Wassernetz angeschlossen werden solle. Er zeigt anhand verschiedener Lagepläne wo das geplante Vorhaben genau realisiert werden solle und merkt an, dass die Förderung bereits beantragt worden sei. Er betont dabei, dass eine Realisierung nur erfolgen solle wenn die Förderung zugesagt werde.

Die Nachfrage von Gemeinderat **Kemppel**, ob bisher nur Haubühl an das öffentliche Wassernetz angeschlossen sei, verneint BM **Komor**, da derzeit auch bereits Storchnest öffentlich versorgt werde. Lediglich Ziegelbronn, Steithag, Frohnfalls und Hausenbühl hätten noch eine private Wasserversorgung. Des Weiteren betont BM **Komor**, dass die betroffenen Eigentümer in Hausenbühl mit dem Wunsch des Anschlusses an das öffentliche Wassernetz auf die Gemeinde zugekommen seien.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

§ 11 **Fahrradleasing** **- Einführung für die Beschäftigten der Gemeinde Mainhardt** **Vorlage: 047/2021**

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, für die Beschäftigten der Gemeinde Mainhardt die Möglichkeit des Fahrradleasings im Rahmen der Entgeltumwandlung einzuführen. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür erforderlichen Verträge abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Frau **Schanzenbach** erläutert anhand der Sitzungsvorlage den Hintergrund und die Modalitäten des Fahrradleasings. Im März 2021 sei der Tarifvertrag zum Fahrradleasing in Kraft getreten, welcher nun auch den Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst die Möglichkeit des Fahrradleasings eröffne. Zwischenzeitlich seien drei Angebote der Anbieter Eurorad, JobRad und Kazenmaier eingeholt worden. Anhand einer Matrix geht sie auf die wesentlichen Unterschiede ein, die vor allem in der Abwicklung und den Versicherungspaketen liegen würden. Des Weiteren informiert sie anhand eines Schaubilds über die Vertragsbeziehungen zwischen den verschiedenen Akteuren.

Gemeinderat Heiko **Feger** möchte vor einer Entscheidung wissen, welcher Anbieter mit welchen Fachhändlern in der Nähe zusammenarbeite. Frau **Schanzenbach** berichtet, dass die Anzahl der Fachhändler im Umkreis von 50km bereits geprüft wurde und bei jedem der

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

**§ 12 Teilnahme am Projekt "Herzsicher" der Björn-Steiger-Stiftung und Anschaffung Automatisierter Externer Defibrillatoren (AED)
Vorlage: 053/2021**

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Teilnahme am Projekt „Herzsicher“ der Björn-Steiger-Stiftung zu und beauftragt die Verwaltung, die Vereinbarung zu unterzeichnen und ideale Standorte für die AEDs festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Gemeinderat Truckenmüller ist während der Beschlussfassung nicht anwesend.

Beratungsverlauf:

BM Komor verweist auf die Sitzungsvorlage und informiert darüber, dass von Seiten der Ortsgruppe des DRK die Idee aufgekommen sei eine Infoveranstaltung für die Bürger zu veranstalten. BM Komor begrüße die Idee.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

§ 13 Ergänzungssatzung "Dennhof-West" - Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: 043/2021

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Aufstellung einer Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 3 Baugesetzbuch für den Bereich „Dennhof-West“ zu. Maßgeblich ist der Abgrenzungsplan vom 22.09.2021, gefertigt vom Fachbereich Kreisplanung im Landratsamt Schwäbisch Hall.
2. Dem Entwurf der Ergänzungssatzung „Dennhof-West“ vom 22.09.2021, gefertigt vom Fachbereich Kreisplanung, Landratsamt Schwäbisch Hall, wird zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Maßgeblich ist der Lageplan mit Begründung und Textteil vom 22.09.2021.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **Komor** erläutert anhand des Lageplans, dass das Vorhaben im Außenbereich liege, allerdings an bestehende Bebauung anschließe. Für die weiteren Informationen verweist er auf die Sitzungsvorlage.

Auf Nachfrage von Gemeinderat **Kemppel** informiert Frau **Häfner** darüber, dass auf der Fläche sowohl ein als auch zwei Bauplätze realisiert werden können. Dies hänge von dem konkreten Vorhaben ab. Auch die Reduzierung des vorgeschriebenen Waldabstandes hänge davon ab, wie viele Bauplätze auf dem Grundstück realisiert werden, weshalb darüber auch erst im konkreten Baugenehmigungsverfahren entschieden werde.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

§ 14 Bausachen - Anbau von 2 Jungviehställen und Neubau von Halle, Güllebehälter und überdachter Mistplatte Vorlage: 052/2021

Beschluss:

Das Einvernehmen der Gemeinde Mainhardt gemäß § 36 Abs.1 BauGB zu dem Bauvorhaben wird erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **Komor** berichtet über anfängliche Bedenken gegen das Bauvorhaben seitens der Nachbarschaft, welche jedoch bei einem gemeinsamen Austausch mit Vertretern der Gemeindeverwaltung, des Landwirtschaftsamtes, des Gemeinde- und Ortschaftsrates sowie den betroffenen Nachbarn weitestgehend ausgeräumt werden konnten. Vor allem die angrenzenden Nachbarn südlich der Hofstelle würden von den Veränderungen profitieren, lediglich für einen Nachbar ergebe sich keine Verbesserung, allerdings auch keine Verschlechterung, was BM **Komor** betont. Zudem solle südlich der Hofstelle eine Hecke gepflanzt werden. BM **Komor** zeigt anhand der Pläne wie das Vorhaben konkret realisiert werden solle. Zusätzlich wurde heute nochmals überprüft, dass keine Einwendungen der Nachbarn gegen das Bauvorhaben eingegangen seien.

Öffentliche Sitzung vom 27. Oktober 2021

§ 15 Verschiedenes

Beratungsverlauf:

BM **Komor** teilt mit, dass die nächste Sitzung des Gemeinderats am 24.11.2021 stattfinden werde.

Anschließend schließt BM **Komor** den öffentlichen Teil der Sitzung.